

## Geheimgespräch mit Journalisten Zum Fall Puigdemont meinte Barley, was sie sagte

Der Tagesspiegel, 29.06.2018, *Jost Müller-Neuhof*

<https://www.tagesspiegel.de/politik/geheimgesprach-mit-journalisten-zum-fall-puigdemont-meinte-barley-was-sie-sagte/22752916.html>

Die Justizministerin hatte die **Freilassung des katalanischen Politikers begrüßt** und damit Spanien verärgert - nach einer Tagesspiegel-Auskunftsklage legt sie dar, was hinter dem Vorfall steckt.



Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) behauptete, es habe von ihr keine Stellungnahme zum Auslieferungsfall Puigdemont...  
Foto: Christophe Gateau/dpa

In der Diskussion um angebliche Äußerungen von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) [zum Fall Puigdemont](#) hat diese erstmals **indirekt eingeräumt, Entscheidungen der deutschen Justiz kommentiert zu haben**. Es habe dazu ein Telefongespräch mit einem Journalisten gegeben, für das jedoch Vertraulichkeit vereinbart worden sei, teilte das Ministerium mit. Die damaligen **Angaben der Ministerin seien später „unabgesprochen“ und „höchst versehentlich“ an die Öffentlichkeit gelangt**.

### Die Ministerin kann sich nicht mehr genau erinnern

Einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom April zufolge **hatte die Ministerin den Beschluss des Oberlandesgerichts Schleswig, den katalanischen Politiker aus der Auslieferungshaft zu entlassen, als „absolut richtig“ bewertet**. Nach Protesten der spanischen Regierung, die dies als Einmischung empfand, erklärte das Ministerium, Barley werde zum laufenden Verfahren keine Stellung nehmen und habe dies auch nicht getan. Zudem telefonierte Barley mit ihrem spanischen Amtskollegen, um das angebliche „Missverständnis“ auszuräumen.

Ob die Zitate so gefallen sind, wie sie wiedergegeben wurden, kann Barley jetzt nicht mehr bestätigen. Sie könne sich angesichts des Zeitablaufs und einer Vielzahl geführter Gespräche nicht mehr an die genauen Inhalte erinnern, teilt das Ministerium mit. Aufzeichnungen gebe es keine.

### Die Veröffentlichung sei ein Versehen, hieß es

Wie es zur Veröffentlichung der umstrittenen Barley-Zitate kam, wurde offiziell zunächst verschwiegen. Erst nach einer **Tagesspiegel-Auskunftsklage vor dem Berliner Verwaltungsgericht (Az.: VG 27 L 222.18)** klärte das Ministerium jetzt über die Umstände auf. Demnach sei Barley **persönlich von der „SZ“ am 4. April um ein „vertrauliches Hintergrundgespräch“ ersucht worden**. Am 6. April sei das Telefonat geführt worden. Noch am selben Tag machte das Interview Schlagzeilen. Als die Ministerin sich umgehend über die Veröffentlichung der Zitate beschwerte, habe der Journalist von einem Versehen gesprochen und sich dafür entschuldigt.

### Die Regierenden informieren über ihre Ansichten - aber nur "vertraulich"

Damit liegt es nahe, dass die „SZ“ die Justizministerin wohl zutreffend zitiert hat. **Demnach hatte Barley ein Interesse, ihre kritischen Ansichten zur Strafverfolgung Puigdemonts unter Medienvertretern zu verbreiten, ohne dass dies jedoch direkt an die Öffentlichkeit gelangen sollte**. Anders als behauptet, gab es also eine Stellungnahme. **Derartige „Hintergrundgespräche“ gehören zur Praxis der Bundesbehörden bis hinauf in das Kanzleramt**. Dabei werden ausgewählte Journalisten

über politische Zusammenhänge und Ansichten der Regierenden informiert. Sie dürfen die dabei erhaltenen Informationen aber nicht öffentlich der Regierung zuschreiben, wenn sie darüber berichten sollten. Wer nicht in den vertraulichen Kreis eingeladen ist, wird von den dort erteilten Informationen ausgeschlossen. Termine, Inhalte und Teilnehmer der Gespräche hält die Regierung bisher geheim. Auch die Bundeskanzlerin reklamiert diese Praxis als behördliches Vorrecht.

### **Das Justizministerium verweigert weitere Auskünfte**

Dass Barley die Verabredung mittels persönlicher SMS treffen konnte, lässt auf eine besonders enge Verbindung zur linksliberalen „SZ“ schließen. Barley möchte die Praxis auch weiter fortsetzen, ohne darüber Transparenz herzustellen. Sie habe „das Recht, Journalisten im Rahmen von Hintergrundgesprächen Informationen zukommen zu lassen und andere Journalisten von diesem Informationsfluss auszuschließen“, hieß es. Das Justizministerium verweigert deshalb Auskünfte, welche weiteren Informationen Barley zum Fall Puigdemont in vertraulichen Runden verbreitet hat

### **Mehr zum Thema**

[...]

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts dazu steht noch aus. Kürzlich hatte das Bundesverwaltungsgericht auf einen [Eilantrag des Tagesspiegels hin geurteilt](#), dass mitgeteilt werden muss, ob zu bestimmten Themen Geheimgespräche stattgefunden haben.

## Schlechte Vorbilder für die Demokratie

Kommentar 04.07.2018 Dr. Arnd Rüter zum Beitrag des Tagesspiegel vom 29.06.2018

Nicht die Tatsache, dass die **Justizministerin Barley** sich zu einem Beschluss des Oberlandesgerichts Schleswig geäußert hat, ist bedenklich, sondern wie sie sich geäußert hat. Ihre Aussage, die Entscheidung ist „absolut richtig“, lässt schlussfolgern, sie hätte bei Nichteinverständnis auch sagen können, die Entscheidung ist „absolut nicht richtig“. Somit bringt sie zum Ausdruck, dass eine Entscheidung der Justiz zu ihrem Gefallen („richtig“) oder zu ihrem Nichtgefallen („nicht richtig“) ausfallen kann und sie ihr persönliches Gefallen als Wertung des Urteils abgeben hat.

Es geht aber bei Gericht nicht um „richtig“ oder „nicht richtig“, sondern es geht um „gesetzeskonform“ oder „gesetzeswidrig“. **Es wäre von einer Justizministerin der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, dass sie weiß, dass die Aufgabe der Justiz keine moralische Wertung, sondern die Rechtsprechung ist.** Wenn sie die moralische Wertung interessanter findet, sollte sie schleunigst zurück treten und in die Kirche gehen.

Hätte sie dagegen gesagt, es ist „absolut richtig“, dass sich das Oberlandesgericht Schleswig bei seiner Entscheidung an deutsches „Recht und Gesetz“ (Art. 20 (3) GG) gehalten hat, dann wäre dies eine Bewertung des Arbeitens (Lob der Gesetzes-/Verfassungstreue) der deutschen Gerichtsbarkeit und keinerlei unerlaubte Parteinahme.

Dass die Justizministerin diese Äußerung in einem „**vertraulichen Hintergrundgespräch**“ gegenüber der **Süddeutschen Zeitung** getan hat, obwohl sie noch am Überlegen ist, ob ihr die von ihr gewählten Worte wieder einfallen sollten, ist noch bedenklicher. Es lässt an die Massen von Leuten denken, die in den „Social Media“ und anderenorts bei jeder passenden, meist aber unpassenden Gelegenheit ihren Meinungsbrei ins Internet und in die Welt kotzen und am Ende nicht einmal bereit sind sich als Meinungsträger dieses Schwachsinn mit ihrem Namen zu erkennen zu geben. Die Welt ist voll von diesem Mist.

Frau Barley meint lt. Artikel sogar, sie habe „das Recht, Journalisten im Rahmen von Hintergrundgesprächen Informationen zukommen zu lassen und andere Journalisten von diesem Informationsfluss auszuschließen.“ Die anderen Journalisten wären jene, die kritisch über sie oder ihr Ministerium oder ihre Partei etc. schreiben, also Missliebige, die auf diese Art langsam „ausgehungert“ werden.

Auch wenn dieses Beispiel der Justizministerin Barley übliche Praxis der Bundesbehörden ist und auch wenn die Bundeskanzlerin [Merkel] diese Praxis als behördliches Vorrecht reklamiert, heißt dies, die Politiker stehen nicht zu dem was sie sagen, und Politiker versuchen heimlich die öffentliche Meinung zu manipulieren. Das ist eine ganz **üble versteckte Einflussnahme auf die Presse und andere Medien und damit auf die öffentliche Meinung.** Ob das juristisch bewertbar ist, ist offen, aber es markiert einen **moralischen Tiefpunkt bei den Bundesbehörden**, was haben sie doch für ein abartiges Demokratieverständnis.

Der berühmte Satz des Journalisten Hanns Joachim Friedrichs kann als eine Art Berufsethos des Journalismus gelten: „Einen **guten Journalisten** erkennt man daran, dass er sich **nicht gemein macht mit einer Sache**, auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist, aber **nirgendwo dazugehört.**“

Zu diesem Spiel „vertrauliches Hintergrundgespräch“ gehören immer zwei; ein Mitglied einer Bundesbehörde auf dem Manipulationstrip und ein Vertreter der Presse, der in die wärmende Nähe der Macht kriecht, die verabreichte Gehirnwäsche dankbar über sich ergehen lässt und auf die Wahrheit pfeift; nach dem Motto: Berufsethos ist etwas für Schwächlinge, der/die Starke weiß, wo die Futterkörbe hängen.

Wer aufmerksam die „**staatstragende Presse**“ liest, hat längst festgestellt, dass diese Art der Beeinflussung der „Journalisten“ fast ausnahmslose Regel ist, nicht nur bei der hier unrühmlich aufgefallenen Süddeutschen Zeitung. Wer sich als Betroffener zwangsläufig für die Berichterstattung zum Thema „die Folgen durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) von 2004“ interessiert, wird feststellen, dass in sämtlichen Lokalzeitungen, in sämtlichen überregionalen Zeitungen und in sämtlichen Fernsehanstalten in welchem sogenannten „kritischen Format“ auch immer, welche die aktuellen Ereignisse hierzu behandeln, immer der gleiche, von der SPD gesteuerte, Unsinn verbreitet wird: Es wird berichtet von der **Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten mit Einmalauszahlung** und dem **ach so sozialen Ansatz der SPD diese Beiträge zu halbieren** und der intensiven

Bemühung der SPD die CDU/CSU von diesem „sozialen Gedanken“ zu überzeugen. Dabei geht es doch in Wahrheit um gesetzeswidrige Verbeitragung dieser Privatersparnisse, die Rückzahlung dieser geschätzten 26 Milliarden (Stand Ende 2017) Diebesgut plus gesetzlicher Verzinsung und der strafrechtlichen Aufarbeitung dieses **staatlich organisierten Betruges auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch**, der in Anzahl der am Betrug beteiligten staatlichen und öffentlich-rechtlichen Organisationen der **größte Skandal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland** ist. Und **diese die SPD nachbetende, die Leser und Hörer manipulierende Berichterstattung erfolgt ausnahmslos wider besseres Wissen**. Im August 2017 haben die Chefredaktionen der größten 90 regionalen Zeitungen, alle überregionalen Zeitungen/Zeitschriften und alle Fernsehanstalten inkl. der Regionalsender umfangreiches, detailliertes, juristisch sattelfestes und gut aufbereitetes Material über diesen Skandal erhalten. Eines ist allerdings klar zu stellen: bei den betrogenen Rentnern hängen keine Futterkörbe.

Die Frage ist berechtigt, ob solche „**Schreiberlinge der Macht**“ überhaupt noch das Recht haben sollten, sich Journalisten zu nennen. Ist eine solche flächen-deckende Nachplapperei der Manipulationen überhaupt eine unabhängige freie Presse, die man einmal die „vierte Gewalt“ nannte? Das Korrektiv für diese „Machtversessenen“ (Bezeichnung 1992 durch Richard von Weizsäcker in seinem beachtlichen aber von den Parteien missachteten Interview „Der Parteienstaat oder Die Zukunft der liberalen Demokratie“) fehlt schon lange, das Ergebnis ist diese **hoffnungslos machende Politik dieser hoffnungslos machenden Politiker**.

# Die Beseitigung der unabhängigen Presse

06.08.2018 Dr. Arnd Rüter

## 1. Manipulation der öffentlichen Meinung durch Medienbeteiligungsunternehmen der SPD

Das **RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND)** ist die **zentrale Redaktion der Madsack Mediengruppe in Hannover**. Deren größte Kommanditistin ist die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft, das **Medienbeteiligungsunternehmen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)** (*wikipedia*)

Zitate der Madsack-Mediengruppe (kursiv blau) aus <http://www.madsack.de/Presse>;  
<http://www.madsack.de/Portfolio>; <http://www.madsack.de/Portfolio/Tageszeitungen>; <http://www.rnd-news.de/Services>

*„Qualitätsjournalismus für Print und Digital: Das RND produziert überregionale Inhalte für regionale Zeitungen und deren Webseiten“*

### *„Unsere Arbeitsweise*

*Täglich werden aus diesen Inhalten Zeitungsseiten im Nordischen, Rheinischen oder Berliner Format produziert und an die Partner-Titel [mit „Titel“ ist hier der irreführende Name der Zeitung gemeint] geschickt. Zudem werden Textangebote bereitgestellt, die in einer gemeinsamen Datenbank abrufbar und modulartig in bestehende Seiten einpassbar sind. [...]*

*An einem digitalen Hot Desk werden vom frühen Morgen bis tief in die Nacht Webseiten, mobile Auftritte oder dynamische Apps betreut. Die digitalen Channels werden kontinuierlich mit Echtzeitnews aktualisiert, mit Hintergrundinhalten und multimedialen Elementen aufgewertet und laufen passgenau auf den Websites der Titel ein. So bieten sie eine hochattraktive, gut vermarktbar Ergänzung zu den eigentlichen regionalen Inhalten.*

*Aus dem RND-Gesamtangebot kann sich jeder Titel das Paket zusammenstellen, das seinem Bedarf entspricht. Und keiner kauft die Katze im Sack: Die Zeitungsseiten sind während der Entstehung jederzeit für alle sichtbar, Änderungswünsche können so sogar im laufenden Prozess erfüllt werden.“*

### *„Ein maßgeschneiderter Mantel*

*„Das RedaktionsNetzwerk Deutschland bietet Verlagen ein überregionales journalistisches Komplett-Paket für Zeitungen und digitale Kanäle. Der Content dafür entsteht im großen Newsroom in Hannover, im Hauptstadtbüro Berlin und bei den Korrespondenten in aller Welt.“*

So manch einer Zeitung erscheint es so maßgeschneidert, dass deren Qualitätsjournalisten keinerlei qualitätsjournalistische Recherche mehr für nötig befinden, um ggf. einen eigenen Gedanken zu bilden und dann zu formulieren. Das gilt selbstverständlich erst recht für die zur Madsack-Mediengruppe gehörenden Zeitungen

- Hannoversche Allgemeine Zeitung,
- Leipziger Volkszeitung,
- Ostsee-Zeitung,
- Märkische Allgemeine Zeitung,
- Lübecker Nachrichten,
- Neue Presse Hannover,
- Göttinger Tageblatt,
- Dresdener Neueste Nachrichten,

- Peimer Allgemeine,
- Wolfsburger Allgemeine,
- Aller-Zeitung,
- Schaumburger Nachrichten,
- Naumburger Tageblatt,
- Gelnhäuser Neue Zeitung,
- Eichsfelder Tageblatt).

Z.B. sind die Beiträge vom 07.07.2018 „Unionspolitiker für Ende der Doppelverbeitragung“ in der Ostsee-Zeitung und in der Märkischen Allgemeinen identisch.

*„Schon mehr als 30 Tageszeitungen profitieren vom Angebot des RND“*

Das kann doch nur heißen: 30 regionale Zeitungen im Nordischen, Rheinischen und Berliner Format sollten schleunigst in Madsack-Zeitung-<Ort> umbenannt werden.

*„Tageszeitungen der MADSACK Mediengruppe*

*Wir sind überzeugt: Regionale und lokale Medien haben Zukunft. Die **Titel** der MADSACK Mediengruppe begleiten ihre Leser durch den Alltag, genießen ihr Vertrauen und **leisten mit ihrer glaubwürdigen Berichterstattung einen wesentlichen Beitrag zur publizistischen Vielfalt der deutschen Medienlandschaft.**“*

„Glaubwürdige Berichterstattung“ und „publizistische Vielfalt der Medienlandschaft“ durch zentrale Erzeugung [nach wahrscheinlich SPD-gesteuerter Vorgabe dank Hauptstadtbüro Berlin] und automatische Verteilung in die online Darstellungen von 30 „Titeln“, die vom Bürger irrtümlich als Lokalzeitungen angesehen werden?

15. Jun 2018

**Festakt zu 125 Jahren MADSACK Mediengruppe: Bundespräsident unterstreicht Relevanz von Lokaljournalismus**



Am 15. Juni feierte die MADSACK Mediengruppe ihr 125-jähriges Jubiläum mit einem Festakt in der Staatsoper Hannover. Festredner war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. >

Wie war das doch gleich mit der parteipolitischen **Neutralität des Bundespräsidenten**? Ein bisschen **Werbung für das SPD-Medienbeteiligungsunternehmen** wird ja wohl noch drin sein.

## 2. Tageszeitungen der Funke Mediengruppe

Andere Leser können sich „ihre völlig unabhängige Meinung“ z.B. bei den 12 Tageszeitungen der FUNKE Mediengruppe holen mit u.a.:

- Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)



- Braunschweiger Zeitung
- Thüringer Allgemeine
- Neue Ruhr / Neue Rhein Zeitung
- Westfalenpost
- Thüringische Landeszeitung
- Westfälische Rundschau
- Ostthüringer Zeitung

In der „unabhängigen“ Berichtserstattung in den Tageszeitungen der Funke Mediengruppe wird das Thema „SPD will Betriebsrentner entlasten“ gern untermalt mit dem Foto



„Zwei Seniorinnen halten sich die Hände“ von Jens Büttner / dpa

### 3. Die dpa-infocom

Wenn allerdings für den nach unabhängiger Meinung strebenden Leser der Beitrag mit dem Foto

„Mann und Frau auf einer Bank im Park“ (von Karl Josef Hildenbrand / dpa)



eingeleitet wird, kann er sich die Lektüre auch schenken, denn er wird mit ziemlicher Sicherheit mit „Inhalten für Websites“ informiert, die von der dpa-infocom GmbH erstellt wurden. Zitate der dpa-infocom (kursiv blau) aus (<https://www.dpa.com/de/produkte-services/>):

„[...] dpa-infocom entwickelt, realisiert und betreibt maßgeschneiderte Inhalte und Lösungen für Online, Mobil und Print. Dabei verbindet dpa-infocom als Brücke zwischen Redaktion und Technologie die Basisformate der dpa-Gruppe zu **multimedialen „ready-to-publish“-Produkten.**“

„Für jede Redaktion, für jeden Newsroom bietet dpa **exklusiven Content** [...]“.

„Mit den dpa-WebLines kaufen Sie [gemeint ist die „unabhängige Lokalzeitung] die **multimedialen Online-Nachrichten der führenden deutschen Nachrichtenagentur dpa. Alle Inhalte können automatisiert in Ihre Website eingebunden werden.**“

Die dpa-WebLines sind ein redaktionell gemanagtes, multimediales Online-Nachrichtenangebot für Ihre [gemeint ist die „unabhängige Lokalzeitung“] Website. Die Redakteure der dpa berichten an sieben Tagen die Woche bis zu 24 Stunden am Tag über die Nachrichtenwelt – von der Politik über Wirtschaft, Panorama und Sport bis hin zu VIP-News, Entertainment, Kultur und Ratgeber- und Verbraucherthemen.“

„dpa-Custom Content

Wir verbinden dpa-Know-how mit den Wünschen unserer Kunden und erstellen maßgeschneiderte, hochwertige Inhalte. Es gibt kaum ein journalistisches Format, das bei dpa nicht zu Hause ist. Was liegt näher, als diese Kompetenz auch für Auftragskunden nutzbar zu machen? Bei dpa-Custom Content produziert ein erfahrenes Team aus Journalisten, Layoutern und Technikern Inhalte für Ihre interne oder externe Kommunikation.

Unser Vorsprung: dpa-Redakteure sind mit vielen Themenfeldern bestens vertraut. Egal in welcher Branche Sie tätig sind - dpa-CC hat mit Sicherheit Autoren mit der nötigen Fachkompetenz. Häufig existieren bereits Inhalte [manchmal schon seit 14 Jahren, s.u.], auf denen sich aufbauen lässt. Das spart Zeit und Geld.

Sie benötigen **Unterstützung bei der journalistischen Textproduktion** [...] Sprechen Sie uns an. Wir stellen ein individuelles Angebot für Sie zusammen.“

#### Und wo kommen die Inhalte her? Direkt aus der Parteizentrale der SPD

Praktisch, wenn die Madsack Gruppe in Gestalt des Thomas Düffert (Vorsitzender der Konzerngeschäftsführung Madsack) auch gleich im Aufsichtsrat der dpa infocom vertreten ist; da geht doch alles seinen geordneten Gang.

#### 4. Die Beseitigung einer kritischen Presse mit Vielfalt

Reichen den Parteien ihre herkömmlichen Agitprop-Blätter (**Agitation** und **Propaganda**) nicht mehr aus, dass sie unter dem Deckmäntelchen der angeblichen Presse-Neutralität überall ihre Manipulationen der Öffentlichkeit versuchen?

Wäre es da nicht ehrlicher sämtliche Lokalzeitungen, die den Inhalt ihrer Zeitungen nicht selbst erzeugen, gleich ganz abzuschaffen? Die paar sogenannten Lokalnachrichten werden dann zusammen mit den Lidl-, Edeka-, Aldi- oder sonstwie-Werbungen in die Briefkästen gestopft.

Und dann z.B. BILD am 06.07.2018 beim allumfassenden Posaunen, nachdem sie mit SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach gesprochen haben:

“Tatsache ist auch: 1973 deckten Rentner noch gut 70 Prozent der von ihnen in Anspruch genommenen Kassenleistungen – schon 2003 waren es nur noch 43 Prozent.“

Im Teil B des Gesetzentwurfes Seite 140 Pkt. 148 stand:

„Die Beitragszahlungen der Rentner deckten 1973 noch zu gut 70 % deren Leistungsaufwendungen ab. Inzwischen decken die eigenen Beiträge der Rentner nur noch ca. 43 % der Leistungsaufwendungen für sie. Es ist daher ein **Gebot der Solidarität der Rentner mit den Erwerbstätigen**, den Anteil der Finanzierung der Leistungen durch die Erwerbstätigen nicht noch höher werden zu lassen. Da die Empfänger von Versorgungsbezügen durch deren Zahlstellen lückenlos erfasst sind, erfolgt auch eine für alle gerechte Belastung, der sich niemand entziehen kann.“

Mit derartigen Unwahrheiten wurde die umlagefinanzierte Sozialversicherung in Misskredit gebracht und ein vermeintlicher Gegensatz zwischen der jungen und alten Generation geschürt, auf dessen Konstrukt aus Unwahrheiten auch eine Mehrheit der heutigen Volksvertreter noch unverdrossen setzt.



Diese angebliche „Wiederherstellung der Generationengerechtigkeit“ war das Lockvögel, mit welchem das Stimmvieh „Abgeordnete“ 2003 zur Zustimmung zum GMG bewegt wurde, denn

**die Verbeitragung von Renten wurde erst 1983 mit dem Haushaltsbegleitgesetz eingeführt, also 10 Jahre später.**

Wie weit ist es mit der SPD gekommen, wenn ihr Fraktionsvize und Gesundheitsexperte auch im Jahr 2018 das noch nicht weiß. Es kann nur daran liegen, dass er sich noch nie mit kritischen Betrachtungen zum Thema GMG auseinander gesetzt hat.

Wie weit ist es mit den unabhängigen Journalisten und der unabhängigen Presse gekommen, dass sie auch nach 14 Jahren unverdrossen den gleichen Mist nachplappert ohne auch nur den leisesten Gedanken an eine Überprüfung ihrer Aussagen zu verschwenden.

Die Sicht:

**Die Krake der Parteipolitik hat sich auch die Presse zur Beute gemacht**

ist nicht falsch, aber zu einseitig. Wenn es sie denn je gegeben haben sollte,

**ist die unabhängige Presse dabei sich selbst abzuschaffen.**